

Beitrag zum Regierungsprogramm der SPD Niedersachsen 2018

Niedersachsen im Herzen Europas

Alle Wege führen nach Rom? So richtig wie dieser Satz einmal gewesen sein mag, führen im 21. Jahrhundert die wichtigsten europäischen Verkehrsachsen Schiene, Autobahn und Binnenschifffahrtswege mitten durch Niedersachsen. Somit ist unser Bundesland zwar nicht der geografische Mittelpunkt der Europäischen Union, aber Zentrum des europäischen Warenverkehrs. Wir Niedersachsen wissen, was wir von Europa haben und als stark exportorientiertes Bundesland hängen viele gute Arbeitsplätze direkt von der Integration in den europäischen Binnenmarkt ab. Umso mehr sind viele Bürgerinnen und Bürger besorgt, wenn ein wichtiger Handels- und politischer Partner wie das Vereinigte Königreich der EU den Rücken kehrt. Noch beunruhigender sind die Entwicklungen im übrigen Europa. Überall erstarbt ein neuer Nationalismus und die europäische Idee scheint an Boden zu verlieren.

Brexit und die Wahl von US-Präsident Trump sind ein Weckruf, das gemeinsame Projekt Europa weiter zu gestalten. Zurück zum Nationalstaat ist keine Alternative und heißt Souveränitätsverlust angesichts der globalisierten Welt und der veränderten wirtschaftlichen Gewichte. Wir wollen das Wichtige besser machen und manches auch sein lassen. Denn manche europäische Regelungsdichte muss auf den Prüfstand. Wir müssen den Nährboden für rechtspopulistische Tendenzen trockenlegen, die soziale Spaltung der Gesellschaft überwinden, Ängste für die eigene Zukunft aufnehmen und Globalisierung gerecht gestalten. Wir werden aktiv die Stärkung der Europäischen Union und ihrer demokratischen Institutionen unterstützen und jeglicher Form des Nationalismus entgegentreten.

Gegen eine Entwicklung, das Friedensprojekt Europa in Frage zu stellen, zeigt die SPD geführte niedersächsische Landesregierung deutlich Flagge. Daher soll die Aufklärungsarbeit verbessert und ein besserer politischer und kultureller Austausch zwischen den vielfältigen Regionen Europas gefördert werden. Neben der politischen Bildungsarbeit über die Landeszentrale für politische Bildung sind weitere Schritte nötig:

Wir werden aktiv an der Stärkung der europäischen Ausrichtung und Identitätsbildung mitwirken. Dazu wollen wir eine Plattform des offenen Diskurses über unsere Zukunft im geeinten Europa bilden. Die Ansätze neu entstandener proeuropäischer Bewegungen werden wir unterstützen. Wir bekennen uns zur Arbeit des Europäischen Informationszentrum (EIZ), einer beispielhaften Einrichtung des Landes Niedersachsen. Das EIZ soll die europafreundliche Informations- und Bildungsarbeit verstärken. So könnten modellhaft entwickelte Planspiele die Vermittlung europäischer Entscheidungsprozesse deutlich verbessern. Die erfolgreichen Europaschulen wollen wir weiter stärken und weitere Schulen für die Europaschularbeit gewinnen. Wir werden die europapolitischen Anteile im Unterricht erweitern und Lerninhalte mit Europa bezug im Fach Politik ausweiten. Wir möchten anregen, dass neben Klassen-/Informationsfahrten nach Berlin auch verstärkt solche Fahrten nach Brüssel stattfinden. Wir werden die Nutzung europäischer Austauschprogramme aktiv fördern, wie das erfolgreiche Erasmusprogramm, das nun in 30 Jahren mehr als 9 Mio. jungen Europäer_innen einen Aufenthalt in anderen EU-Ländern ermöglichte.

Wir machen uns bereits jetzt dafür stark, dass auch in der kommenden EU-Förderperiode das derzeitige Förderniveau mindestens erhalten wird. Besonders wichtig ist uns dabei die Unterstützung von Innovationen in Wirtschaft und Gesellschaft und die Unterstützung des ländlichen Raumes in Niedersachsen, dies gilt insbesondere für das Gebiet des ehemaligen Regierungsbezirks Lüneburg als ehemalige Übergangsregion.

Niedersachsen muss seine Chancen in Europa auch in der Mitarbeit in den europäischen Gremien nutzen. Deshalb werden wir u.a. im Ausschuss der Regionen und im Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates für spezifisch niedersächsische Themen und Interessen eintreten.

Landkreis-, Städte- und Gemeindepartnerschaften bilden das Wurzelgeflecht der europäischen Einigung. Es ist auch eine stärkere finanzielle Förderung von Städte- und Gemeindepartnerschaften - insbesondere mit den neuen EU Mitgliedstaaten – nötig. Wir werden die Partnerschaftsarbeit unterstützen und auch die Partnerschaften des Landes Niedersachsen weiterentwickeln. Die regionale Zusammenarbeit in Europa wollen wir weiter stärken. Daher wird das Land Niedersachsen im Jahr 2018 der Versammlung der Regionen Europas (VRE) erneut beitreten. Die Vision eines "Europas der Regionen" entstand schon in den 80er Jahren

und führte u.a. zur Gründung der Versammlung der Regionen Europas (VRE) 1985 (mit Sitz in Straßburg und Brüssel), der heute 270 Regionen aus 33 europäischen Ländern und 16 überregionale Organisationen angehören. Die VRE ist damit das größte unabhängige Netzwerk der Regionen in ganz Europa, nicht nur in den Grenzen der EU. Die Pilotfunktion für ein bürgernahes Europa ("Europa zu den Bürgern bringen!") ist auch heute noch - mehr als 30 Jahre nach ihrer Gründung - ein Hauptkennzeichen der VRE. Niedersachsen war bis 2008 aktives Mitglied der VRE und Teil des regionalen europäischen Netzwerks, dem auch die polnische Partnerregion Dolnoslaskie/ Niederschlesien angehört. Die CDU-Landesregierung kündigte diese Mitgliedschaft auf und tat es damit anderen CDU-geführten Bundesländern gleich. Mittlerweile vertreten lediglich Österreich (mit 6 Bundesländern) und die Schweiz (mit 6 Kantonen) das deutschsprachige Europa in der VRE. Ferner bietet die VRE auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU Möglichkeiten für regionale Kooperationen zwischen Niedersachsen und den Regionen des Inselstaates.

Einer wachsenden Europaskepsis wird die SPD auch mit einem neuen, weiter gestärkten Landesministerium für Europa entgegenreten. Es wird den regionalen Strukturwandel in Niedersachsen begleiten, als Ansprechpartner für Europafragen im Land dienen und die niedersächsischen Interessen in Brüssel aktiv vertreten: ob bei der Entwicklung des Agrarlands Niedersachsen, beim VW-Gesetz, den Sozialstandards auf dem Arbeitsmarkt (soziale Säule der EU) und in der Wirtschaft.

Im März 2017 konnte in Rom das 60. Jubiläum unserer EU begangen werden. Wir leben in einer erweiterten Union mit 500 Millionen Bürgern, die in Freiheit, Demokratie, nachhaltiger Entwicklung und insgesamt guter Wirtschaftsleistung leben. Allerdings haben sich auch Kritikpunkte und Unzulänglichkeiten ergeben. Wir müssen gemeinsam nach vorn blicken und darüber nachdenken, wie die Zukunft unseres Europas mit wahrscheinlich nur noch 27 Mitgliedstaaten aussehen wird. Wir müssen die EU besser machen und nicht zerstören, denn bei allen Unzulänglichkeiten ist die EU der angenehmste und freieste Ort der Welt. Wir begrüßen, dass die EU-Kommission einen partizipativen Prozess mit einem Weißbuch und ergänzenden Reflexionspapieren für die mögliche Entwicklung mit den größten Herausforderungen und Chancen für Europa in den nächsten zehn Jahren angestoßen hat. Dies ist nun der Ausgangspunkt für eine breite öffentliche Debatte über die Zukunft unseres Kontinents. Wir werden uns aktiv in diesen Prozess einbringen und die Perspektiven gerade aus niedersächsischer Sicht einbringen und wir wollen allen Niedersachsen eine Plattform bieten sich daran zu beteiligen.

Das Wichtige besser machen heißt vor allem gute Politik entfalten in den Feldern:

- Soziale Gerechtigkeit stärken
- Wirtschafts- und finanzpolitisch gemeinsam handeln
- Globalisierung fair gestalten
- Sicherheit und Recht verbessern

Denn nicht DIE in Brüssel sind Europa, sondern WIR sind Europa!